

Zu kurze Übergangsfristen lassen Handwerker und Hausbesitzer verzweifeln

Die fanatisch betriebene Energiepolitik führt in eine unvorstellbare «Sanierungsdepression». Die Fristen für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen sind viel zu kurz. Und für den Umbau auf alternative Energien gibt es nicht genug qualifizierte Handwerker. Ausserdem fehlt es an Alternativen.

Im laufenden Jahr ist es im Baselbiet noch erlaubt, Öl- und Gasheizungen eins zu eins zu ersetzen. Ab 2026 ist das verboten, weil das Baselbieter Stimmvolk im Juni 2024 das kantonale Energiegesetz angenommen hat. Damit steht der Kanton vor einer unvorstellbaren «Sanierungsdepression». Bald stehen zu wenige bis gar keine Alternativen zur Verfügung. Solange es noch geht, wird auf Teufel komm raus saniert – in sehr vielen Fällen leider auch unüberlegt.

Aus Sicht der Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer ist das nachvollziehbar, denn die Übergangsfristen sind viel zu kurz. Fernwärmeanschlüsse für grössere Objekte sind noch gar nicht vorhanden. So geraten grössere Liegenschaften in städtischen Gemeinden in eine Versorgungslücke – und das für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte. Hinzu kommen weitere absurde Regelungen wie der 2-Meter-Abstand: Wer in einem dicht bebauten Gebiet mit Werner-Sutter-Häusern wohnt, braucht wegen dieser Abstandsregeln die Einwilligung der Nachbarn oder aller Anstösser, um eine Wärmepumpe installieren zu können.

Bei der Umsetzung des neuen Energiegesetzes spielen die Kaminbauer das Zünglein an der Waage. Unser vertrauter Kaminbauer hat mir am 3. April 2025 mitgeteilt, zurzeit könne er sich vor Aufträgen kaum mehr retten: «Gestern hat eine Firma gleich 40 Sanierungen bestellt. Nach Ostern bin ich zwei Wochen ausgebucht. Danach zieht es sich bis in den Juni hinein, sehr viele Sanierungen sind bereits reserviert. Das ist ja nicht verwunderlich, da ich rund 150 Offerten pro Monat schreibe.» Inzwischen hat sich die Situation sogar weiter zugespitzt: Es kann gut sein, dass ab Mitte Jahr der Einsatz von Gas- und Ölheizun-

Illustration: PR Design/Roland Pfister.



Es ist zum Verzweifeln: Gesetzliche und administrative Hürden behindern das Umsteigen auf alternative Energien.

gen nicht mehr möglich ist, weil es an verfügbaren personellen Ressourcen im Kaminbau fehlt. Und nächstes Jahr muss der Kaminbauer das Geschäft vielleicht schliessen, weil es kaum mehr Aufträge gibt.

In eine vergleichbare Lage hat sich der Kanton Basel-Stadt manövriert. Bis Ende 2036 muss er – Stand März 2025 – noch 8656 Gas- und 1826 Ölheizungen ersetzen. Total sind erst 7550 Heizungen an der Fernwärme angeschlossen, an einem über Jahrzehnte gewachsenen Netz. Diesen Rückstand will der Regierungsrat von Basel-Stadt nun anscheinend aufholen, indem er per Juni 2025 im Fernwärmegebiet die Subventionen für Alternativen, wie unter anderem Wärmepumpen, massiv reduziert bis ganz abschafft. Dabei muss man wissen, dass in grossen Teilen des «Fernwärmegebiets» der Netzausbau seit Jahren im Rückstand ist. Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, die ihre fossile

Heizung ersetzen wollen oder müssen, setzen stattdessen oft auf Wärmepumpen – und werden dafür mit tieferen Subventionen «bestraft». Das ist nicht nur absurd, sondern auch nicht rechtens, wie juristische Abklärungen ergeben haben: Um Subventionskürzungen zu rechtfertigen, benötigte es einen verbindlichen Fernwärmeausbauplan, an dem nicht mehr gerüttelt wird. Derzeit wird aber stark am Fernwärmeausbauplan «gerüttelt»: Immer wieder werden Strassenzüge nicht mit Fernwärme versorgt, obwohl das ursprünglich angekündigt wurde.

Klar ist heute schon, dass unter dem Strich sowieso die Wärmepumpenheizungen das Rennen machen: Im Jahr 2024 waren in Basel-Stadt zwei Drittel der neuen Heizungen Wärmepumpen. Der Fernwärmeanteil lag mit einem Drittel auf einem abgeschlagenen Platz. Daran wird auch die Einführung der «Subventionsstrafe» nichts ändern. Fernwärme wird immer un-

attraktiver, weil sie einfach nicht mehr sympathisch ist und die IWB zunehmend an Glaubwürdigkeit verlieren. In der Stadt wie auf dem Land gibt es wegen einer fanatisch betriebenen Energiepolitik mit viel zu kurzen Übergangsfristen nur Verlierer. Die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sollten sich bewusst sein: Irgendwann wird der Gashahn abgedreht. Was passiert, wenn dann – wie aktuell im Baselbiet – keine Kaminbauer oder in Basel-Stadt keine Schweiesser oder Kältetechniker mehr zur Verfügung stehen? Sogar wir haben damals, als das Ziel Netto-Null 2037 angekündigt wurde, vier Schweiesser für den Einsatz im Fernwärmegebiet Basel-Stadt bereitgehalten. Weil das Interesse an Fernwärme in der notwendigen Dimension bis heute nicht eingetreten ist, haben wir die Verfügbarkeit auf einen Schweiesser reduziert. 1000 Heizungen müssten in Basel-Stadt jährlich auf was auch immer umgestellt werden. Zurzeit sind es jährlich rund 600 Heizungen, davon ein Drittel Fernwärmeheizungen.

Deswegen einmal mehr: Zögern Sie nicht zu handeln. Am Ende zählt jede Heizung! Gut, wenn Sie das heute in die Hände nehmen, um morgen nicht in eine Versorgungslücke zu geraten.



Martin Omlin, Omlin Systems AG



Omlin Systems AG
Salinenstrasse 3
4127 Birsfelden
Tel. 061 378 85 00
www.omlin.com

Foto: Omlin Systems